

Deutschland und Holland.

R. Haag, 26. April. (Meldung des Korrespondenz-Bureaus.) Bei Beginn der öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer wies Savornin-Lohmann auf die ernste Erklärung des Ministers des Aeußern in der Ersten Kammer hin und bezeichnete es im Zusammenhange mit dieser Erklärung und auch mit den ernstesten Gerüchten, die seitdem aufgetaucht seien, als sehr erwünscht, daß der Minister noch heute eine Erklärung über die Lage abgebe.

Der Vorsitzende ersuchte daraufhin den Minister um die Abgabe einer Erklärung.

Minister Loubon äußerte sich hierauf folgendermaßen: Es ist der Kammer bekannt, daß sich Schwierigkeiten mit Deutschland ergeben haben, die sich in erster Linie auf die bekannte Sand- und Kiesfrage beziehen. Die Besprechungen haben keinen unbedingten günstigen Verlauf, aber die Regierung ist sich des Ernstes der Lage bewußt.

Auf Antrag von zehn Mitgliedern der Kammer trat diese hierauf zu einer geheimen Sitzung zusammen.

R. Haag, 26. April. Das Blatt „Het Vaderland“ schreibt: Die Erklärung des Ministers des Aeußern Loubon, daß die Sand- und Kiesfrage eine sehr ernste sei, gibt doch noch keinen Anlaß zu den alarmierenden Gerüchten, die in diesen Tagen umliefen. Wie ernst die Verhältnisse auch liegen, daß Deutschland Holland nicht zum Schlimmsten treiben werde, wurde unserem Berliner Korrespondenten vorgestern in einer offiziellen Mitteilung versichert. Wir nehmen die Versicherung an. Es kann nicht im deutschen Interesse liegen oder in seiner Absicht sein, uns zum Aeußersten zu treiben. Inzwischen wird die Diplomatie noch einen Ausweg suchen.

R. Haag, 26. April. Wie das Korrespondenzbureau erfährt, ist es nicht ausgeschlossen, daß unter den jetzigen Umständen die regelmäßigen und die besonderen Urlaube durch die Oberbefehlshaber des Heeres und der Flotte vorübergehend eingestellt werden. Tatsache ist, daß man keine weitergehenden militärischen Maßnahmen beabsichtigt, was beweise, daß man die politische Lage hoffnungsvoll ansieht.

R. Amsterdam, 26. April. Der Berliner Korrespondent des „Algemeen Handelsblad“ erfährt von gut unterrichteter Seite, daß die in den letzten Tagen zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung in Berlin geführten Verhandlungen die Ueberzeugung hervorgerufen haben, daß man zu einer Einigung gelangen wolle und daß keinerlei Anlaß zur Beunruhigung bestehe. Ohne die Schwierigkeiten zu unterschätzen, die sich bei der Erneuerung des Wirtschaftsabkommens ergeben, erwartet man doch, daß das Abkommen in ein paar Wochen abgeschlossen werden wird.

Einstellung der militärischen Urlaube in Holland.

R. Haag, 24. April. Wie das Korrespondenz-Bureau erfährt, sind militärische Urlaube bis auf weiteres verboten worden.

R. Amsterdam, 26. April. „Algemeen Handelsblad“ schreibt: Der Bericht unseres Berliner Korrespondenten über die Erwartung der dortigen Kreise, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland günstig verlaufen werden, gibt uns Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis der Verhandlungen. Die Meldungen über die jüngste Maßnahme, die unsere Heeresverwaltung getroffen hat, braucht keine Beunruhigung hervorzurufen. Es ist selbstverständlich, daß man keine Vorsicht außer Acht läßt. Neue Urlaube werden heute nicht gewährt, es darf aber als ein sehr gutes Zeichen angesehen werden, daß die bereits erteilten Urlaube nicht eingezogen worden sind. Uebrigens würde auch die Einziehung der Urlaube nur bedeuten, daß man auf alle nur denkbaren Ereignisse gefaßt ist und für den Fall, daß sie sich ernster gestalten, nichts versäumen will. Im allgemeinen scheint man das auch in Deutschland so anzusehen. Desto mehr wundert es uns, in einer deutschen Zeitung einen Artikel zu finden, der eine gewisse Nervosität über das Verhältnis Deutschlands zu unserem Lande verrät.

Berichterstattung des Berliner Gesandten an die Königin.

R. Haag, 26. April. „Nieuwe Courant“ teilt mit, daß die Königin heute nachmittags in Scheveningen den niederländischen Gesandten in Berlin Baron Gevers empfangen hat.

Englisch-amerikanische Heße.

R. London, 25. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die „Times“ erfahren aus New-York: Die Forderung Deutschlands, daß Holland die Durchfuhr von Kriegsmaterial über niederländische Eisenbahnen und Kanäle gestatten soll, wird hier der Forderung an den belgischen König gleichgestellt, die Durchfuhr deutscher Truppen und deutschen Kriegsmaterials zu gestatten und die Haltung freundschaftlicher Neutralität anzunehmen. Es scheint, daß Deutschland jetzt Holland klar macht, daß Deutschland eine Wiederholung der belgischen Gewalttat in Betracht ziehen würde, falls Holland die Forderung zurückweisen sollte. In Washington glaubt man bestimmt, daß Holland nicht nachgeben wird.

„New-York World“ sagt: Wenn Deutschland einen Vorwand für einen Krieg sucht, findet es stets einen Hollands Verbrechen gegen Deutschland ist seine jetzige Hilflosigkeit, der Autokratie zu helfen.